

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 76 (1982)
Heft: 3

Artikel: Hollanditis : Europas Friedensplage : eine "Epidemie" und ihre Ursachen ; Die Heimat der Hollanditis ; Westdeutschland - Kernstück der Nato ; England und die Wiedergeburt der CND ; Hoffnung auf atomwaffenfreie Zone in den Nordischen Ländern ; Belgiens N...

Autor: Forest, Jim / Herby, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142976>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

JIM FOREST / PETER HERBY

Hollanditis: Europas Friedensplage

Eine «Epidemie» und ihre Ursachen

Ansteckung des Gewissens

«Soll ich Sie anstecken?» — Tausende von Londonern erhielten vor einiger Zeit Postkarten mit diesem alarmierenden Vorschlag von ihren holländischen Nachbarn jenseits der Nordsee. Statt Holzschuhe und Windmühlen zeigt die Postkarte eine pilzförmige Wolke über dem Wort «Europa».

Die seltsame Krankheit, die so bereitwillig übertragen wird, heißt «Hollanditis». Sie wurde zuerst diagnostiziert von einem beunruhigten amerikanischen Journalisten, der den holländischen Ursprung einer europäischen Epidemie vermutete, deren Symptome sich mehr und mehr ausbreiten: Angst unter dem Schutz von Atomwaffen, Resignation nach jahrzehntelangen Verhandlungen zur Aechtung solcher Waffen, Furcht vor der Aussicht auf einen Atomkrieg, der ganz Europa verwüsten würde, und eine mächtige Woge des Widerstands gegen diese Möglichkeit.

Ohne Zweifel ist die Hollanditis eine ganz gefährliche, ansteckende Entzündung des Gewissens. Millionen von Europäern hat sie schon erfaßt, und die Zahl der Opfer wächst rapide. Das Leben der Befallenen ändert sich, und sie setzen es ein für die Abschaffung der Atomwaffen. Dabei beginnen sie in ihren eigenen Ländern. Mit der Zeit wachsen sie an zu einer kraftvollen politischen Macht.

Manche Kommentatoren meinen, diese Krankheit bedeute null zu eins für Moskau. Aber die Länder des Warschauer Pakts kämpfen zur Zeit gegen eine andere Seuche, die «Polanditis». Zu ihren Symptomen gehört die Bekämpfung des Rüstungswettlaufs noch nicht, doch die Wurzel der Krankheit ist ein ähnliches Unbehagen über das Leben im Netz der beiden Supermächte. Weder Holland noch Polen finden, daß die gegenwärtigen «Sicherheitsmaßnahmen» irgendeine Sicherheit bringen. Ein zynischer Scherz sagt: «Diese Amerikaner und Russen sind mutig und entschlossen, sich bis zum letzten Europäer zu verteidigen.»

Amerikanische Beobachter versuchen das Ausbrechen Europas aus der Nato so zu erklären: Es ist die alte europäische Heimtücke, die wir als Isolationismus kennen. Eine sorgfältigere Beobachtung führt jedoch zu anderen Schlüssen. In Wirklichkeit ist Hollanditis keine Krankheit, durch die man sich drücken und entkommen will, sondern eine Herausforderung und ein Engagement. Sie ist weit davon ent-

fernt, eine Krankheit zum Tode zu sein, sie ist ein Durchbruch zur Heilung. Sie lehnt die Vorbereitungen für einen Krieg ab, der vielleicht der letzte Krieg auf unserem Planeten sein könnte, gewiß aber der letzte Krieg in Europa.

Der Entschluß zur Strategie des Ersten Schlages

Ein Riesenschritt auf den Atomkrieg zu geschah im Dezember 1979, als elf Nato-Verteidigungsminister in Brüssel zusammenkamen und sich einverstanden erklärten, ab 1983 464 Cruise Missiles (Marschflugkörper) und 108 Pershing-2-Raketen in Westeuropa zu stationieren. Es war ein entscheidendes Ereignis in der Geschichte des Rüstungswettlaufs, denn es bedeutete das Verlassen der seitherigen Politik der gegenseitigen Abschreckung (durch die sichere Aussicht auf «gegenseitige Zerstörung») zugunsten einer Politik des «Ersten Schlages», durch welchen die USA der UdSSR eine Zerstörung von viel größerem Ausmaß zufügen könnten, als bei einem Gegenschlag zu erwarten wäre.

Diese neue Entwicklung beruht auf einer neuen Waffentechnik. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist die Cruise Missile: Bei $4\frac{1}{4}$ Meter Länge und etwa 70 Zentimeter Durchmesser kann sie über Baumspitzen hingleiten, sich durch Flußtäler schlängeln und unter Radarschirmen hindurchschlüpfen. Sie benötigt ein Transportfahrzeug, so klein und unauffällig wie ein Milchwagen. Bevor die Sowjetunion des Angriffs gewahr würde, könnten die Marschflugkörper schon auf dem Ziel explodieren, ganz gleich, ob es sich um sowjetische Raketenstationen, Truppenansammlungen oder Städte handelte.

Die Pershing-2 ist noch stärker und schneller, doch kann man ihre Abschußvorrichtung durch Satelliten beobachten und das Ziel mit Hilfe von Computern berechnen. Die Flugzeit von Westeuropa nach Moskau beträgt kaum fünf Minuten. In der Zeit, die man braucht, um eine Tasse Kaffee zu kochen, müßten sich Sowjet-Offiziere zu Gegenmaßnahmen entscheiden. Zweifellos würden sie alle bekannten oder vermuteten Atomstützpunkte in Westeuropa angreifen. Kurz gesagt, die Maschinerie des Nuklearkriegs hinge ab 1983 an einem Fäden.

Die Vereinigten Staaten verteidigen diese Pläne mit dem Vokabular der Haussanierung («Modernisierung») und der Fortpflanzung («eine neue Waffengeneration»). Sie behaupten, es handle sich um nichts weiter als einen notwendigen Gegenzug gegen die SS-20-Raketen der Sowjetunion, von denen 250 Stück, jede mit drei Sprengköpfen, auf Westeuropa gerichtet sind. Dabei werden die 4000 Langstrecken-Poseidon-Raketen und die 142 Polaris-Raketen vollständig ignoriert, die sich auf amerikanischen und britischen Untersee-

booten in europäischen Gewässern befinden. Derselben Unterschlagung machte sich auch Präsident Reagan schuldig, als er im vergangenen November vorschlug, die amerikanischen und sowjetischen landgestützten Raketen zurückzuziehen. Der frühere US-Sicherheitsberater Mc George Bundy sagte: «Die SS-20 gibt und gab der Sowjet-Union keine militärische Möglichkeit gegen Europa, die sie nicht schon vorher im Ueberfluß hatte, bevor eine einzige SS-20-Rakete stationiert wurde.»

Rüstungswettlauf außer Kontrolle

Es tritt immer klarer zutage, daß die vorgeschlagenen neuen Raketen die Sowjet-Union zwingen sollen, ihre SS-20-Raketen zurückzuziehen. Dies ist die neueste Version des altbekannten Argumentes, der einzige Weg, den Rüstungswettlauf zu verlangsamen, sei, ihn zu beschleunigen. 35 Jahre lang hat dieses Rezept nur mehr Waffen und schnellere, immer weiter reichende, schwerer zu bekämpfende Geschosse produziert. Alles, was die neuen Waffen bewirken, ist: sie erhöhen die Spannung, sie verringern die Sicherheit, sie machen einen Atomkrieg immer wahrscheinlicher.

Für Europäer ist der Krieg keine akademische Angelegenheit. Diese Waffen sind dorthin gerichtet, wo sie leben, und sie haben noch viele Erinnerungen an die Grausamkeit des letzten Krieges, als die Waffen noch langsamer und kleiner waren. Einer der Gründer der holländischen Abrüstungsbewegung, Laurens Hogebrink, sagt: «Es mag merkwürdig klingen, aber es gab seit Jahren keinen einzigen Tag, da ich nicht an den Zweiten Weltkrieg denken mußte. Was damals geschah, ist etwas ganz Normales in der Geschichte der Menschheit und wird wieder geschehen, wenn wir es nicht verhindern.»

Die Europäer sind immer mehr davon überzeugt, daß der Rüstungswettlauf außer Kontrolle geraten ist und daß es gegen ihn nur eine wirkliche Verteidigung gibt, nämlich Protest und die Politik der kalkulierten Schritte zur Abrüstung.

Die Heimat der Hollanditis

Eine Initiative des Interkirchlichen Friedensrates

Nirgends ist die Anti-Atom-Bewegung so alt, so tief verwurzelt und politisch so einflußreich wie in den Niederlanden. Die verantwortlichen Gruppen sind zahlreich und verschiedenartig, vom Direktor der holländischen Kriegsschule im Generalsrang bis zu politischen Gruppen von links und rechts. Aber der hauptsächliche Herd der Hollanditis befindet sich im *Interkirchlichen Friedensrat* (Interkerkelijk Vredesberaad, in ganz Holland bekannt als IKV). Der IKV wurde

1966 von der protestantischen und der katholischen Kirche der Niederlande gegründet, um die Gewissen auf dem Gebiete der Menschenrechte, der Entwicklungshilfe und des Friedens zu sensibilisieren. Zehn Jahre lang konzentrierte sich seine Arbeit auf die Vorbereitung einer alljährlichen Friedenswoche, die jeweils Ende September in den Kirchen des ganzen Landes abgehalten wurde.

Mitte der siebziger Jahre, als die Ost-West-Beziehungen wieder schlechter wurden, sahen die Leiter des IKV eine neue Aufgabe für Holland, zur Beendigung des Rüstungswettlaufs beizutragen. Nachdem jahrelange Verhandlungen über eine ausgewogene beidseitige Abrüstung gescheitert waren, mußten jetzt Initiativen zu einseitiger Abrüstung gefördert werden: konkrete Schritte der Staaten, um Spannung und Mißtrauen abzubauen und eine Atmosphäre zu schaffen, in welcher Abrüstungsverhandlungen möglich wären.

Während der Friedenswoche 1977 startete der IKV eine Kampagne unter dem Motto: *«Helft die Atomwaffen aus der Welt schaffen — laßt uns in den Niederlanden beginnen.»* Das Symbol dieser Kampagne war eine riesige Bombe, die von einer entschlossenen vierköpfigen Familie weggeschoben wurde. Die Botschaft war klar: Gewöhnliche Menschen sind nicht so machtlos gegen Rüstungswettlauf, wie man meint. Die Idee ist angekommen: Heute kann man keine Straße irgendeiner holländischen Stadt betreten, ohne das Motto und das Symbol auf Kleidern, Umhängetaschen und Wohnzimmerfenstern zu sehen. In einem Zeitraum von vier Jahren ist ein ganzes Netz von 400 örtlichen Gruppen entstanden, welche die IKV-Bewegung von Haus zu Haus tragen. Ihre Mitglieder sind gut vorbereitet für alle Fragen und Aengste der Nachbarn.

Der Hirtenbrief der holländischen Generalsynode

Das bemerkenswerteste Ergebnis der IKV-Initiative war ein mehrjähriger Prozeß der Bewußtseinsbildung mit Tausenden von Gesprächs-Abenden in den Gemeinden der Niederländischen Reformierten Kirche, der schließlich im November 1980 in einem Hirtenbrief seinen Niederschlag fand, in dem die Generalsynode der größten protestantischen Kirche des Landes nicht nur die Anwendung von Kernwaffen verurteilte, sondern auch deren Besitz:

«Wir halten es für notwendig, uns für eine Lösung einzusetzen, bei welcher Verhandlungen Hand in Hand gehen mit klar erkennbaren Abrüstungsschritten. Da es sich gezeigt hat, daß es unmöglich ist, multilaterale Entscheidungen in dieser Richtung herbeizuführen, müssen wir für einseitige Abrüstung eintreten. Dabei soll die Absicht eindeutig zu erkennen sein. Wir müssen nicht nur klar zeigen, welche Richtung wir einschlagen wollen, sondern auch unsere Bereitschaft be-

zeugen, diesen Weg selbst zu gehen. Wir sind der Ansicht, daß die nukleare Abrüstung der Niederlande solch ein unzweideutiger Schritt wäre. Wir rufen Sie auf, diesen Vorschlag zu unterstützen.

Wir geben uns keiner Täuschung hin über politische Systeme, von denen wir frei bleiben wollen und die wir fürchten. Aber als gläubige Christen können wir sagen: Mit unserem Herrn können wir unter jedem politischen System leben. In keinem Falle rechtfertigt die Verteidigung unserer Freiheiten, daß wir unsere Sicherheit auf einen Angriff gegen die Schöpfung setzen und auf die potentielle Zerstörung von allem, was uns und unseren Gegnern lieb und teuer ist.»

Mehr als eine nationale Politik der «reinen Hände»

Seit 1979 wandte sich der IKV an die verschiedenen politischen Parteien der Niederlande und versuchte, ihre Wahlprogramme und ihre Arbeit im Parlament zu beeinflussen. Jetzt ist die Hälfte der holländischen Bevölkerung gegen Atomwaffen im Lande, und zwei Drittel sind gegen die neue Waffengeneration der Nato. Kurz vor der Nato-Konferenz 1979 widersetzte sich das Parlament dem Premierminister, der für den Nato-Doppelbeschluß eintrat. Als die Regierung versuchte, die öffentliche Meinung zu besänftigen, indem sie die Entscheidung über die Stationierung der neuen Waffen in Holland bis 1981 hinausschob, war die Empörung der Bevölkerung so ungeheuer, daß die Regierung ein Mißtrauensvotum nur knapp überlebte. Nach den Parlamentswahlen im Mai wurde eine Drei-Parteien-Regierung gebildet, die kritischer gegenüber den Atomwaffen eingestellt ist. Da die Opposition gegen Kernwaffen unvermindert anhält, wird sich die Regierung auch weiterhin der Stationierung der neuen Nato-Waffen widersetzen.

«Es ist natürlich eine politische Tatsache», kommentiert Lauren Hogebrink, «daß diese Verzögerungstaktik immer so weitergehen kann. Man kann fest damit rechnen, daß der holländische Anteil an den Raketen nie ins Land kommen wird. Aber was die holländische Friedensbewegung will, ist mehr als eine nationale Politik der 'reinen Hände', mit einer Regierung, die mit der Nato einig ist, aber für sich selbst eine Ausnahme beanspruchen will. Wir wollen unabhängige holländische Initiativen, um das ganze Nato-Programm zu Fall zu bringen. Das erfordert mehr und mehr eine Ausdehnung der Bewegung über die holländischen Grenzen hinweg.» 1979 begann der IKV mit seiner Internationalisierung. Zu deren Auswirkungen gehörten die Massendemonstrationen in den europäischen Hauptstädten im Herbst 1981. Die größte fand in Holland statt. Ueber 400 000 Demonstranten füllten die Straßen Amsterdams in einem Protestzug, der so festlich war, daß ein Beobachter erklären konnte: «Es war eine kurze Begegnung von Himmel und Erde.»

Westdeutschland — Kernstück der Nato

300 000 Menschen demonstrierten für den Frieden

Holland ist ein Land mit Puppenstuben-Format — es umfaßt nur zehn Prozent von der Größe Kaliforniens. Das Pentagon könnte gut auskommen ohne diesen Flecken auf der Europakarte, wenn er von Nato-Sprengkörpern gesäubert würde bis zum letzten Streichholz. Anders verhält es sich dagegen mit Hollands Nachbarn Westdeutschland. Es ist der Hauptstützpunkt der Nato in Europa. Hier sollen 220 Cruise Missiles und Pershing-Raketen stationiert werden. Seine Ostgrenze bildet die Hauptnahtstelle zwischen der Nato und dem Warschauer Pakt. Seit der Gründung Westdeutschlands sind dessen Politik und Presse beherrscht von Antikommunismus und Furcht vor einer sowjetischen Expansion.

Und doch haben am 10. Oktober 1981 in Bonn 300 000 Menschen gegen die Stationierung von Atomwaffen in Westdeutschland, aber auch in jedem anderen Land Europas protestiert. Hier war offenkundig die Hollanditis ausgebrochen, nicht nur, weil der IKV bei der Planung mitgeholfen hatte; auch das vertraute Zeichen, die Familie, welche die Atombombe wegschiebt, hatten die Deutschen sich ausgeliehen. Zu den Rednern gehörten der Theologe Helmut Gollwitzer, der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Heinrich Albertz, und Erhard Eppler, ein Mitglied des Präsidiums der regierenden Sozialdemokratischen Partei, der dem Kanzler Helmut Schmidt zum Trotz gekommen war.

Wie bei der Abrüstungsbewegung in Holland kamen die Teilnehmer aus den verschiedensten Lagern; doch hatten sie allen Unterschieden zum Trotz ein gemeinsames Ziel. Dabei waren Kirchenchristen, Gewerkschafter, junge Leute von der «hoffnungslosen» Generation, Grüne und Jugendgruppen der verschiedensten politischen Richtungen. Die Initiative kam aus dem christlichen Lager. Zur Friedensdemonstration aufgerufen hatten: die *Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden*, eine Vereinigung von zwölf religiösen Friedensgruppen, zu denen auch der Versöhnungsbund, Christen für die Abrüstung und «Ohne Rüstung leben» gehören; und die *Aktion Sühnezeichen*, eine Bewegung, die nach dem Krieg gegründet wurde, um auf freiwilliger Basis Zeichen der Sühne und Wiedergutmachung gegenüber Opfern des Nazi-Regimes zu setzen.

54 000 Militärverweigerer in einem Jahr

1980 organisierte die Aktion Sühnezeichen die erste bundesweit koordinierte Friedenswoche Westdeutschlands, mit Unterstützung durch sechs Landessynoden der protestantischen Kirche. Sie wurde

in mehr als 4 000 größeren und kleineren Städten durchgeführt. Beteiligt waren Tausende örtlicher Gruppen, die Millionen deutscher Bürger erreichten. Das Thema hieß «*Frieden schaffen ohne Waffen*».

Schon haben 20 000 Deutsche eine Erklärung unterzeichnet, die einem Appell des Weltkirchenrats von 1975 in Nairobi entspricht: «*Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben. Ich will in UNSEREM Staat dafür eintreten, daß Friede ohne Waffen politisch entwickelt wird.*» Zwei Millionen haben bisher den *Krefelder Appell* unterzeichnet, in dem die Bonner Regierung gebeten wird, dem Nato-Beschluß ihre Unterstützung zu entziehen. Eine weitere eindrucksvolle Zahl der Friedensbewegung: 54 000 junge Westdeutsche entschieden sich 1980 dafür, Zivildienst statt Militärdienst zu leisten. Das sind zwölf Prozent der Wehrpflichtigen. Für 1981 schätzt Volkmar Deile, der Sekretär der Aktion Sühnezeichen, ihre Zahl auf fünfzehn Prozent.

Vor allem Theologen engagieren sich in der holländischen wie in der deutschen Abrüstungsbewegung. Unter ihnen zeichnet sich besonders Dorothee Sölle aus. Sie lehrt auf beiden Seiten des Atlantik als Theologieprofessorin. Dem wachsenden Anti-Amerikanismus der Deutschen hält sie «das andere Amerika» entgegen, «nicht das Amerika der Generale, sondern das Amerika von Henry David Thoreau, Martin Luther King, Dorothy Day und Daniel Berrigan, das Amerika der religiösen Ueberzeugung, daß wir Gott mehr zu gehorchen haben als den Menschen». Dorothee Sölle erwartet eine starke Zunahme des gewaltfreien zivilen Ungehorsams. Dieser würde mächtig anschwellen, sollten die neuen Raketen stationiert werden. «Was wir hier zu beeinflussen suchen, liegt nicht auf rein rationalem Gebiet», sagt sie. «Die Nuklearmächte gleichen Dinosauriern. Es wäre lächerlich, zu erwarten, daß Dinosaurier sich anständig an den Verhandlungstisch setzen und vernünftige Entschlüsse fassen. Man muß sie zuerst davon überzeugen, daß Dinosaurier keine Zukunft haben. Das menschliche Leben ist für die Menschen da, und wenn wir menschlich sein wollen, müssen wir die Idee der absoluten Macht aufgeben und dürfen nicht alles erzwingen wollen. Im praktischen Leben müssen wir verzichten lernen.»

Gewissenskrise wie zur Zeit des Nationalsozialismus

Die westdeutsche Kirchenleitung ist in Fragen der Abrüstung zurückhaltender als die einzelnen Gemeinden. Offizielle Erklärungen haben den Satz vom «Friedensdienst mit und ohne Waffen» strapaziert. Es gibt zwar eine neue Erklärung, welche die Möglichkeit einseitiger Abrüstungsinitiativen vorsieht, aber noch keine Einzelheiten erwähnt.

Konrad Lübbert, Pastor an einer protestantischen Gemeinde und

Vorsitzender des westdeutschen Zweigs des Versöhnungsbundes, vergleicht die gegenwärtige Gewissenskrise der Christen in Deutschland mit der Situation in der Hitlerzeit, als die Christen, die sich dem Nationalsozialismus widersetzen, mit der Staatskirche brachen und die Bekennende Kirche gründeten: «Wenn die Leitung der etablierten Kirchen die Priorität des menschlichen Lebens wieder nicht erkennt, wenn sie wieder einmal versäumt, sich der Idee und den Methoden der Massenvernichtung zu widersetzen, wird es wieder zum Bruch kommen.» Aber Konrad Lübbert hofft noch immer, daß solch eine Spaltung vermieden werden kann und daß sich die deutschen Kirchen einmütig zur Abrüstung bekennen wie die Niederländische Reformierte Kirche. Das Problem dabei sei die ungeheure Kommunistenangst, sagt er. Vor ein paar Jahren versuchten seine Gegner vergeblich, ihn aus seiner Pfarrei zu entfernen, weil er in einer Predigt den barmherzigen Samariter mit einem «guten» Kommunisten verglichen hatte. «Der Samariter war für das jüdische Volk dasselbe wie für uns ein Kommunist», hatte er gesagt, «die höchste Bedrohung, ein Mensch, der weder Respekt noch Vertrauen verdient, und mit dem uns kein menschliches Band verbindet.»

England und die Wiedergeburt der CND

«Zivilverteidigung» als unfreiwilliger Beitrag der Regierung

Das Ueberraschende an der britischen Abrüstungsbewegung ist deren ungeheures Anwachsen in den letzten achtzehn Monaten. Fast vergessen seit der «Ban the Bomb»-Zeit der frühen sechziger Jahre, ist die *Kampagne für atomare Abrüstung* (CND) wieder neu zum Leben erwacht, mit einer Mitgliedschaft und örtlichen Gruppen, die sich seit 1980 verzehnfacht haben. Es gibt jetzt 1 000 CND-Gruppen in Großbritannien. Der CND-Abrüstungsmarsch vom Oktober 1981 in London umfaßte eine Viertelmillion Demonstranten. 1980 waren es 70 000 gewesen, und ein Jahr davor nur 600.

Einen großen Vorschub leistete die britische Regierung der Sache im Jahr 1979 durch einen Propaganda-Feldzug zur Förderung der zivilen Verteidigung. Sie verteilte den Bürgern ein Handbuch «Protect and Survive» (Schutz und Ueberleben). Der Historiker E. P. Thompson antwortete darauf mit seiner weitverbreiteten Broschüre «Protest and Survive» (Protest und Ueberleben). Im Falle eines Atomkriegs, schrieb Thompson, wird die Bevölkerung von der Regierung aufgefordert, «in den Keller zu gehen und sich ein Kämmerchen einzurichten aus alten Türen und Dielen, bedeckt mit Büchern, Sandsäcken und schweren Möbeln, und dort hineinzukriechen, versehen mit Essen und Wasser für 14 Tage ... All das ignoriert die Hauptwirkung von

Atomwaffen. Innerhalb eines gewissen Abstands von der Stelle der Explosion werden alle Häuser, Autos, Kleider und die Haare von Hunden, Katzen und Menschen sofort Feuer fangen. Gleichzeitig wird die Druckwelle die Häuser mit den netten Kämmerchen zum Einsturz bringen.» Thompson half mit, die Leute zu überzeugen, daß die britische Regierung eine der vielen ist, die sich eifrig mit der Vorbereitung des Atomkriegs beschäftigen. Während die Politiker in tiefen, kostspieligen Schutzräumen zu überleben gedenken, kann die Bevölkerung, die geglaubt hat, es sei das Geschäft der Regierung, ihre Menschen zu schützen, verbrennen oder unter dem Schutt zerstörter Häuser umkommen. — Inzwischen ist Thompson ein führender Anwalt der atomaren Abrüstung Europas (END) geworden; END fördert die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone «von Polen bis Portugal».

Atomwaffenfreie Städte

Während es Organisationen wie die CND überall gibt, ist die Initiative einzelner Stadtverwaltungen, ihre Städte von sich aus zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären, in denen Transport, Produktion und Stationierung von Atomwaffen verboten sind, ein einzigartiges britisches Unternehmen. Seit September 1980 haben 120 Stadtverwaltungen, darunter einige der größten Städte Großbritanniens, solche atomfreien Zonen geschaffen. Diese Stadtverwaltungen weigern sich, an der nationalen Verteidigung teilzunehmen und verstärken den lokalen Widerstand gegen amerikanische und britische Atomwaffen. Nach Aussagen von Hamish Walker, dem Vorsitzenden des Britischen Versöhnungsbundes, «besteht schon jetzt mehr als die Hälfte des Landes aus atomwaffenfreien Zonen».

Die Botschaft wurde zur Kenntnis genommen, wenigstens von den Oppositionsparteien. 1981 erklärte die Labour Party ihre Unterstützung für einseitige atomare Abrüstung und wählte Michael Foot, einen langjährigen Gegner der britischen Atompolitik, zu ihrem Vorsitzenden. Die Liberalen ignorierten den Rat ihrer Führer und stimmten gegen die Stationierung der Cruise Missiles in Großbritannien.

Ihre eigentliche Basis aber hat die britische Abrüstungsbewegung in den mächtigen Gewerkschaften. Viele von ihnen stellen sich offiziell hinter die CND. Der Führung gehören viele Einzelpersonen mit religiösen Motiven an. Der bekannteste Friedenskämpfer ist vielleicht der CND-Vorsitzende Bruce Kent, katholischer Monsignore und früherer Sekretär des Kardinals von London.

Kirchlicher Widerstand gegen Atomwaffen

Innerhalb der Kirchen wird immer mehr über die Atomwaffen diskutiert. Der Erzbischof von Canterbury, Robert Runcie, prägte den

Spruch: «Der Zweck einer Waffe ist, zu töten; der Zweck einer Atomwaffe ist Massenmord. Und das ist von Uebel und kann nicht hingenommen werden.» Der Britische Kirchenrat hat dazu aufgerufen, das britische atomare Abschreckungssystem abzuschaffen, um atomwaffenfreie Länder zu ermutigen, atomwaffenfrei zu bleiben.

1981 kamen 900 religiöse Friedensarbeiter zu einer Konferenz der christlichen CND in die Kathedrale von Coventry unter dem Motto «*Profess and Survive*» (Bekennen und Ueberleben). Die Ruinen der alten ausgebombten Kirche, auf deren Altar die Worte eingemeißelt sind «Vater, vergib» erinnerten in erschütternder Weise an die Schrecken des letzten Weltkriegs.

Für 1982 ist ein Treffen der britischen Kirchenleitungen geplant, das sich mit Themen befassen soll, wie dem Besitz von Atomwaffen oder den 160 Cruise Missiles für britische Startbahnen. Ein Gegenstand, über den zu beraten sein wird, ist die Kampagne des IKV in den Niederlanden und die Möglichkeit der Kirchen, etwas Ähnliches in Großbritannien anzufangen.

Britische Friedenskämpfer denken jetzt schon an eine direkte Aktion gegen Marschflugkörper, wenn der Beschluß, sie zu stationieren, nicht zurückgezogen werden sollte. Als eine Vordemonstration errichtete kürzlich eine Frauengruppe ein Zeltlager entlang der Raketenstartbahn der US-Luftwaffenbasis in Greenham Common. Sie luden das Britische Fernsehen zu einer Debatte über die neuen Raketen ein.

Eine weitere, phantasievolle Abrüstungsaktion war die *Peace Pilgrimage from Iona to Canterbury*, eine 1 000-Meilen-Friedenspilgerfahrt von Iona an der Westküste Schottlands bis nach Canterbury, die der Versöhnungsbund letztes Jahr organisiert hatte. Joan Baez sang für diese Aktion in einem Wohltätigkeitskonzert, das in einer Kirche gegenüber den Parlamentsgebäuden von London stattfand. In Canterbury wurden die Friedenspilger zu einem großen Friedensfestival empfangen. Der Dean of Canterbury, Victor de Waal, begrüßte die Friedenspilger beim Pfingstgottesdienst. Er ermahnte seine Gemeinde, ihre Gäste nicht als weltfremde Idealisten zu betrachten: «Diese Pilger fordern uns auf, den moralischen Möglichkeiten klar ins Auge zu schauen. Sie standen selbst der Furcht gegenüber, jetzt fordern sie uns auf, uns auch der Furcht zu stellen, die Furcht zu überwinden, 'ohne Rüstung' zu leben in einer bedrohlichen, gefährlichen Welt. Ihre Botschaft ist, sich der Furcht zu stellen, und sie zu überwinden ist der einzige Weg, einen Feind zum Freund zu machen.»

Hoffnung auf atomwaffenfreie Zone in den Nordischen Ländern

In der Nordecke Europas wächst die Unterstützung für die Schaffung einer *Nordischen Atomwaffenfreien Zone*. Der Vorschlag ist von

den Arbeiterparteien aller skandinavischen Länder aufgenommen worden und war Gegenstand einer Diskussion bei einem Seminar des norwegischen Verteidigungsministeriums über Abrüstungsprobleme im Januar 1980. Der Vorschlag lautet: *«Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland verpflichten sich vertraglich, Atomwaffen weder zu produzieren noch zu besitzen. Sie ersuchen die Atommächte, niemals Atomwaffen auf ihrem Gebiet einzusetzen.»*

In der Praxis bestand die atomwaffenfreie Zone schon seit langer Zeit. In den frühen sechziger Jahren beschloß Schweden durch ein Gesetz, keine Atomwaffen zu entwickeln. Das neutrale Finnland hat überhaupt nie die Möglichkeit erwogen, Atomwaffen zu besitzen. Hingegen sind Norwegen und Dänemark Mitglieder der Nato, aber beide haben nicht zugelassen, daß die USA Atomwaffen in ihren Ländern stationierten.

Demonstrationen für eine atomwaffenfreie Zone als Schritt in Richtung auf ein atomwaffenfreies Europa gab es im Oktober sowohl in Stockholm als auch in Oslo mit je 15 000 Teilnehmern. Im Sommer 1981 hat in Dänemark eine Demonstration mit ähnlichen Zielen stattgefunden. Sie bewegte sich bis nach Paris, wo 15 000 Demonstranten am Hiroshima-Tag auf der Place de la Bastille einmarschierten. Im Dezember demonstrierten 40 000 in Kopenhagen für eine atomwaffenfreie Zone — das war die größte Demonstration in Dänemark seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die dänischen Wahlen im gleichen Monat brachten einen Zuwachs der Sozialistischen Volkspartei von 11 auf 20 Sitze. Sie war in ihrem Wahlkampf für eine atomwaffenfreie Zone eingetreten. *«Die herrschende Meinung in unserem Land konzentriert sich immer mehr darauf, frei zu werden von den Supermächten und unsere eigene verantwortliche Außenpolitik zu treiben»*, kommentiert Pastor Hans Nebel, der Vorsitzende des dänischen Versöhnungsbundes und aktives Mitglied der dänischen Sozialistischen Volkspartei.

Die Schlagzeilen über das Festsitzen eines sowjetischen Unterseeboots in schwedischen Gewässern im November schockierte die Skandinavier und schien die Abrüstungsbewegung zu hemmen. *«Aber letzten Endes hat das Ereignis doch positive Folgen»*, kommentierte Marek Thee, der Herausgeber des in Oslo erscheinenden *«Bulletins für Friedensvorschläge»*. *«Die Leute sehen endlich, wie nahe dem Rande des Atomkriegs wir uns befinden, selbst hier im hohen Norden Europas.»*

Belgiens NEIN im Nato-Hinterhof

Es ist peinlich, selbst Belgien, das Gastland des Nato-Hauptquartiers in Europa, ist im Begriff, Hollands Beispiel zu folgen und auf seinen

Anteil an den neuen Nato-Raketen zu «verzichten». Die Nato hegt zwar immer noch die Hoffnung, mit der Regierung einig zu werden, doch ist diese vielleicht mehr als jede andere Regierung Europas abhängig von der öffentlichen Meinung. Das Land ist eine wenig homogene Mischung von zwei Völkern und zwei Sprachen, durch eine gemeinsame Grenze zusammengehalten, geschaffen im letzten Jahrhundert als Pufferstaat zwischen Frankreich und den Niederlanden. Seit 1945 gab es 32 verschiedene Regierungen in Brüssel. Nur wenige haben ein Jahr überlebt. Die letzten Wahlen in Belgien fanden kurz nach der Oktober-Kundgebung statt, bei welcher 200 000 Menschen gegen die Stationierung von 48 Cruise Missiles protestierten und die Sowjetunion aufriefen, ihre SS-20 Raketen aus Ost-Europa zurückzunehmen. 66 Prozent der Bevölkerung stimmten gegen die Stationierung der neuen Raketen. Jede Regierung in Brüssel wird einem beträchtlichen Druck ausgesetzt sein, wenn sie sich nicht endlich zu einer Entscheidung durchringen kann.

Die Kreise, die hinter dem belgischen Widerstand stehen, umfassen alle Schichten des Volkes von den Katholiken bis zu den Kommunisten. Im flämischen Norden ist die Hauptwiderstandsgruppe das *Flämische Aktionskomitee gegen Kernwaffen (VAKA)*, in der französischen Sprachzone haben sich 25 Friedens- und Abrüstungsgruppen zu einer analogen Organisation zusammengeschlossen.

In diesem vorwiegend katholischen Land ist *Pax Christi* stark vertreten und spielt eine große Rolle bei der Abrüstungsdiskussion in den Gemeinden. Auch die katholischen Bischöfe Belgiens verurteilten im Oktober Pläne für neue Atomwaffen und forderten die Nato-Staaten auf, als «einseitigen Beweis guten Willens», den Nato-Beschluß zu revidieren, um die Aussichten auf einen Erfolg bei Abrüstungsverhandlungen zu verbessern. Die Weigerung der Regierung, die neuen Raketen zu stationieren, rühmten sie als «einen Schritt vorwärts, der den Entspannungsprozeß, die Zusammenarbeit und die Achtung der Menschenrechte neu beleben könnte».

Frankreich: Von der «Force de frappe» zum «Larzac-Appell»

Frankreich hat sich 1966 dem militärischen Oberbefehl der Nato entzogen. Daher ist es ziemlich immun gegen die Hollanditis. Christian Mellon, ein Jesuitenpriester vom «Mouvement pour une Alternative Nonviolente» in Paris erklärt: «Für uns sind Atomwaffen kein Zeichen der Unterwürfigkeit unter die USA — eher ein Beweis der französischen Unabhängigkeit. Aber die Franzosen haben in den letzten Jahren nicht viel darüber nachgedacht. Unglücklicherweise haben wir diese Waffen einfach hingenommen.»

Die wichtigsten Parteien in Frankreich unterstützen schon lange die «Force de Frappe», das unabhängige französische Atomwaffenarsenal. Auf der rechten Seite stehen dessen Erfinder, die Gaullisten, stolz auf ihre Schöpfung und ohne ein Zeichen von Angst wegen der Gefahren eines Atomkriegs. Aber auch auf der linken Seite setzt die sozialistische Regierung des Präsidenten François Mitterrand ihr Vertrauen auf die französische Atommacht und unterstützt den Raketenbeschluß der Nato, obwohl keine dieser Raketen in Frankreich stationiert werden soll. Die Kommunistische Partei geht in ihrem Atom-Nationalismus sogar so weit, sich für ein siebtes Atom-U-Boot einzusetzen. Es überrascht daher nicht, daß im vergangenen Oktober, als 50 000 Menschen in Paris gegen die Atomwaffen der USA und der UdSSR protestierten, keine einzige Stimme gegen Frankreichs eigenes Atomarsenal laut wurde.

Und doch ist Christian Mellon davon überzeugt, daß eine Abrüstungskampagne in Frankreich möglich ist, welche die atomare Abrüstung in Frankreich wie in anderen Ländern befürwortet. Eine Grundlage für eine solche Bewegung sieht er in den vielen Gruppen, die sich in dem zehnjährigen Kampf gegen die Ausweitung eines Militärstützpunktes auf dem Larzac-Plateau in Südfrankreich zusammenschlossen. Die Bauern vom Larzac protestierten gewaltfrei gegen die Beschlagnahmung ihres Landes. Oft trafen sich bis zu 100 000 Menschen zu Widerstandsfesten gegen den Militarismus. 1981, nach der Wahl Mitterrands, hatte der Kampf um den Larzac sein Ziel erreicht. Als 3 000 Leute im Sommer 1981 ihren Sieg feierten, beschlossen sie, daß die Bewegung in Zukunft ihre Energie auf die Abschaffung der Atomwaffen konzentrieren solle. Sie formulierten den «*Larzac-Appell*», der dazu aufruft, «*in Frankreich eine große Bewegung gegen Krieg und atomare Aufrüstung zu schaffen, die ihren Platz hat innerhalb der europäischen Abrüstungsbewegung und mit dieser gemeinsam kraftvoll gegen die Atomwaffen in Ost und West protestiert*».

Südeuropa

Da Nordeuropa sich immer ablehnender gegen die Supermächte und ihre Atomwaffen verhält, interessiert sich die Nato umso mehr für den Süden. Durch diese Gewichtsverlagerung könnte sie einerseits ihr Kriegspotential in Europa erhalten, andererseits eröffneten sich ihr neue Möglichkeiten für militärische Aktionen im Nahen Osten und in Nordafrika.

Rückschlag für Nato-Planer in Griechenland

Der Sieg der Sozialistischen Partei bei den letzten Wahlen in Griechenland war jedoch ein großer Rückschlag für die Nato-Planer. Die Re-

gierung von Andreas Papandreou drängt die Vereinigten Staaten, ihre Atomwaffen zurückzunehmen und die US-Stützpunkte in Griechenland zu schließen. Malta, ein Liliput-Staat im Mittelmeer, ist den Weg schon vorausgegangen, den die Griechen jetzt erwägen. Dort gibt es keine britischen oder Nato-Stützpunkte mehr.

Wachsender Widerstand der Italiener

Italien ist der einzige Staat in Südeuropa, der sich bereit erklärt hat, als Stützpunkt für die neuen Nato-Waffen zu dienen. Es gehört seit langem der Nato an. Die Regierung hat daher kaum einen Widerstand erwartet, auch nicht von den Bewohnern Siziliens gegen die dort vorgesehene Stationierung von 112 Cruise Missiles. Der Widerstand der Sizilianer dürfte jedoch hart und erbittert werden. Schon haben sich 100 Gruppen gebildet, die entschlossen dafür kämpfen wollen, daß Sizilien weder Stützpunkt noch Ziel eines Atomkriegs wird.

In Rom kamen im Oktober 300 000 Menschen zusammen, um gegen die Zustimmung der Regierung zur Nuklearstrategie der Nato zu protestieren. Mehr als 500 Gruppen nahmen daran teil, darunter Gewerkschaften, Linke, Jugendgruppen, kirchliche und pazifistische Vereinigungen. Einen Monat vorher hatten 50 000 einen Friedensmarsch von Perugia nach Assisi unternommen, dem Geburtsort des heiligen Franziskus, dem Leitbild für Gewaltfreiheit und Versöhnung.

Spanien: Mehrheit gegen Nato-Beitritt

In Spanien gab es eine hitzige Debatte, als die Regierung die Absicht äußerte, der Nato beizutreten. Im November führte die Zeitung «El Pais» eine Volksbefragung durch, die ergab, daß 52 Prozent gegen den Eintritt in die Nato sind und nur 18 Prozent dafür. Doch die Regierung verfolgt weiter ihren Kurs, in dem sie einen Weg sieht, die Demokratie zu festigen, nachdem sie im Frühjahr 1981 beinahe einem Militärputsch zum Opfer gefallen wäre; außerdem will Madrid dadurch seine Beziehungen zu den USA verbessern. «Spanien will mit seinem Eintritt in die Nato beweisen, daß es wirklich ein Teil Europas ist», sagt Arcadi Oliveres von Barcelona, der zweite Vorsitzende der spanischen Pax Christi-Bewegung. «Aber es ist wahrhaftig absurd, anzunehmen, daß die Nato-Mitgliedschaft zu einer Festigung der Demokratie führen könnte. Man muß sich nur ansehen, was in Griechenland passiert ist, und erst recht das Chaos in der Türkei! Das einzige Ergebnis wird sein, daß Spanien von den USA für ihre Zwecke ausgenützt wird.» Die Regierung versuchte, ihre Gegner zu beruhigen — 500 000 demonstrieren im November in Madrid — indem sie ihnen versprach, daß in Spanien keine Cruise Missiles und Pershing-Raketen stationiert werden. Anfang Dezember setzte sich der Protest gegen die Nato fort,

als sich 150 000 Menschen in Barcelona versammelten. Bei beiden Demonstrationen gehörten Pax Christi und Kriegsdienstverweigerer zu den Organisatoren. Oliveres befürchtet allerdings, daß die Regierung, der öffentlichen Meinung zum Trotz, ihren Nato-Beitritt durchsetzen wolle.

Eine unabhängige Friedensbewegung in Osteuropa

Christen gegen Militarismus in der DDR

Die Anzeichen mehren sich, daß auch in Osteuropa eine Friedensbewegung entsteht, die sich gegen die Atompolitik der Nato und des Warschauer Paktes richtet. Besonders interessant ist die Beziehung, die sich zwischen den ostdeutschen Lutheranern und dem holländischen IKV anbahnt. Bereits im Frühjahr 1980 fand eine Beratung zwischen dem IKV und der Theologischen Studienabteilung der Vereinigung Ostdeutscher Evangelischer Christen statt. Das unmittelbare Ergebnis waren ein gemeinsamer Aufruf zu einem Moratorium der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Ost- und Westeuropa und eine Erklärung, daß Christen auf keinen Fall an einem Atomkrieg teilnehmen sollten. Der Hirtenbrief der Niederländischen Reformierten Kirche von 1980, der eine einseitige Entfernung aller Atomwaffen aus Holland befürwortete, wurde übersetzt und weit verbreitet. Als Antwort schlug die Theologische Studienabteilung als einseitigen Schritt der Ostdeutschen Regierung vor: die Abschaffung aller Waffen, die sowohl konventionelle als auch atomare Sprengköpfe tragen können.

Fünf von den acht protestantischen ostdeutschen Synoden kamen kürzlich zusammen; ein Sprecher nach dem andern wandte sich gegen die Militarisierung der ostdeutschen Gesellschaft und das staatliche Programm für den Wehrkundeunterricht in Schulen, das auch den Umgang mit Waffen und den Aufbau eines Feindbildes einschließt. Veranlaßt durch über 4 000 Briefe junger Ostdeutscher, die daran glauben, daß sie als Christen keinen Militärdienst — auch nicht als Nichtkombattante, wie es jetzt angeboten wird — leisten dürfen, forderten Kirchenleiter vom Staat, einen alternativen Zivildienst für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen einzuführen.

«Wir im Westen haben mehr und Besseres von allem», kommentiert Dorothee Sölle, «bessere Schulbücher, bessere Kleider, sogar eine bessere Friedensbewegung. Aber vielleicht nicht mehr Mut. Denken wir an den Mut der religiösen Nonkonformisten in Ostdeutschland. Im Warschauer Pakt setzt man voraus, daß die Armee selbst eine Friedensbewegung ist und keine aggressive Funktion hat. Sie soll nur defensiven Charakter haben. Und nun widersetzen sich die Kirchen in Ostdeutschland dieser Idee. Die Regierung ist wütend, aber die Kirche weigert sich, das Thema fallen zu lassen.»

Moskaus Aerger mit Rumänien

Der rumänische Präsident Nicolae Ceausescu ärgert Moskau vielleicht mehr als Washington wegen seiner häufigen Kritik an den Atomwaffen in Ost und West. Im November demonstrierten 300 000 Rumänen für die atomare Abrüstung beider Blöcke, mit gleich starker Betonung der amerikanischen und der sowjetischen Verantwortung.

Pazifismus in Ungarn

In Ungarn wurde im Oktober ein katholischer Priester, Frater László Kovács, von einem Tribunal der Erzdiözese in Budapest verurteilt wegen der Verbreitung «pazifistischer Ideen» unter der Jugend. Er arbeitete eng mit den christlichen Basisgemeinden zusammen, die den pazifistischen Inhalt des Evangeliums betonen — wozu auch die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen gehört — weshalb sie sowohl mit der kirchlichen Hierarchie als auch mit den staatlichen Autoritäten in Konflikt gekommen sind. «The Tabler», eine in London herauskommende katholische Wochenzeitschrift, berichtet von einem höchst ungewöhnlichen Urteilsspruch dieses Tribunals: Frater Kovács wird sechs Monate lang Dokumente sammeln für die Heiligsprechung des seligen Eusebius (der als Hoftheologe Kaiser Konstantins den Militärdienst für Christen zu rechtfertigen suchte — die Redaktion).

«Gott ist dabei»

«Und wo ist Gott bei all dem?» fragt ein alter Jude immer wieder in Elie Weisels Schauspiel «Der Prozeß gegen Gott». Das ist eine wichtige Frage. Wer über die europäische Abrüstungsbewegung nachdenkt, wird es vielleicht schwierig finden, in all dem Gottes Gegenwart zu sehen. Während die Friedensbewegung einerseits tief im Christentum wurzelt, wimmelt es in ihr andererseits von Privatinteressen und starren Ideologien. Da gibt es auch Leute, denen die Waffen der einen Supermacht, so zerstörerisch sie auch sein mögen, weniger verwerflich scheinen als ähnliche Waffen der andern. Und doch betont diese Bewegung die Kostbarkeit des Lebens und hofft aus tiefstem Herzen. Und Gott ist die Hoffnung.

Als Amerikaner, die sich berufen fühlten, nach Holland zu gehen, konnten wir aus der Nähe miterleben, was hier eine Gemeinschaft von engagierten religiösen Menschen allmählich aufgebaut hat, was das bedeutet in diesem Land und wie es die Friedensarbeit jenseits der holländischen Grenzen zunehmend beeinflußt und ermutigt.

Die Ausbreitung der Hollanditis ist jedoch noch kein Grund zu voreiligem Optimismus. Selbst wenn die kleineren Staaten in Ost und West eine regionale Abrüstung durchsetzen, hängt das Schicksal der Welt noch solange an einem Faden, als die Supermächte ihre Arsenale

nicht abbauen. Wenn Raketenstützpunkte in Europa abgelehnt würden, könnten die Nato-Planer ihre Marschflugkörper immer noch in der Luft, zu Wasser oder unter der See stationieren. Viele Raketen werden ohnehin schon auf diese Weise in Stellung gebracht.

Andererseits ist die atomare Abrüstung Europas nicht länger nur ein schöner Traum. Sollte sie gelingen, so wäre das ein eindeutiges Zeichen, daß die Nato-Verbündeten die Verantwortung für die atomare Aufrüstung der USA nicht mehr länger mittragen könnten. Dies wäre auch eine ungeheure Ermutigung für die Abrüstungskampagne in den USA und ein Ansporn für ähnliche Schritte in den Ländern des Warschauer Paktes. Auf diese Weise würde auf die Supermächte ein immer größerer Druck ausgeübt, doch endlich abzurüsten.

Vielleicht ist trotz allem ein selbstverhängtes Jüngstes Gericht nicht zu vermeiden. Aber selbst angesichts der atheistischen Nuklearwaffen hat man immer noch die Möglichkeit, das Leben zu wählen. Die Menschen in Europa zeigen der Welt ihre Entschlossenheit, auf der Seite des Lebens zu kämpfen.

(Aus dem Englischen übersetzt von Heidi und Georg Wolfgang Schimpf)

Der von 123 Delegierten besuchte Kongreß der sozialistischen Frauengruppen der Schweiz in Luzern (12. und 14. Februar) faßte folgende Resolution:

Die Konferenz der sozialdemokratischen Frauen der Schweiz ersucht die Geschäftsleitung der SPS und des Gewerkschaftsbundes:

1. Es soll unverzüglich ein mindestens allen Vertrauensleuten bekannt zu gebender Plan vorbereitet werden, der genaue Details über Besammlung der Parteizugehörigen (Kriegsgegner) enthält.

2. Es soll mit dem Tag des Kriegsbeginns auch der Generalstreik erklärt werden.

3. Die Besetzung oder Unschädlichmachung der Zeughäuser ist in allen Einzelheiten vorzubereiten.

Erst wenn die Arbeiterschaft weiß, daß zielbewußt alles vorbereitet ist, kann sie mit Kraft erklären: 'Wir marschieren für die Partei, aber nicht zum Krieg.'

Es lebe die Völkerfreiheit und Verbrüderung!

(NW 1932, S. 135)
